

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Quartalsheft: Tagesblatt Rieser.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330
Ciccolasse Rieser Nr. 62.

Nr. 262.

Sonnabend, 8. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintreffens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Annahme des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschreib-Zeile 16 Silben. 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Geste-Zeile. Bewilligter Rabatt 25% bis 50% bei langfristigen Verträgen. Zahlungs- und Befüllungszeitpunkt: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Der Landtag nicht aufgelöst.

Dresden. (Fernsprechmeldung.) Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung den deutschnationalen Antrag auf Landtagsauflösung in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Die Beschlüsse der Reichsregierung.

W.D. Die Beschlüsse des Reichskabinetts zur Reform der Steuer- und Finanzverhältnisse werden in den politischen Kreisen lebhaft erörtert. Man beirht es, daß die Reichsregierung die Initiative dazu ergriffen hat, in der Frage des Beamtenabbaues und der sozialen Aufwertung den Wünschen weitestgehender Volkstreue Rechnung zu tragen. Allerdings wird von deutschnationaler Seite ernsthaft bezweifelt, ob es sich bei den Beschlüssen der Reichsregierung tatsächlich um ein fertiges Programm handelt, oder ob das Vorgehen vorübergehend, aus Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen, rein theoretische Versprechungen zu machen, die praktisch undurchführbar sein können. In den Kreisen der Reichsregierung sieht man ausdrücklich hervor, daß der größte Teil der angekündigten Maßnahmen bereits in allen Einzelheiten vorbereitet ist und daß man in der Lage sein werde, dem neuen Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt größtmögliche Vorarbeiten zur Verabschiedung zu unterbreiten. Die geplante Steuerreform könne übrigens schon deswegen nicht in das Bereich der leeren Versprechungen fallen, weil schon in kürzester Zeit beabsichtigt ist, diese Maßnahmen auf dem Verordnungsweg zur Durchführung zu bringen. Trotz des heftigen Widerstandes der einzelstaatlichen Regierungen, die sich den Auffassungen des Reichskabinetts in vielen Punkten nicht anschließen zu können glauben, verharret die Regierung auf ihrem Plan, schon jetzt die Steuerreformmaßnahmen in Kraft treten zu lassen, obwohl nach wie vor die ernsthaftesten Bedenken geäußert werden.

Was die Aufwertungsfrage anbelangt, so glaubt die Regierung, der Lage dadurch gerecht werden zu können, daß nicht nur die am schwersten betroffenen bedürftigen Kriegsanleiher entschädigt werden sollen, sondern auch die Soldaten der Vorkriegszeit, die durch die Geldentwertung beinahe noch schwerer geschädigt worden sind, als die erstgenannten. Naturgemäß wünscht die Reichsregierung nicht, daß ihre Maßnahmen zu der Aufwertungsfrage schon jetzt in aller Öffentlichkeit bekannt werden, da sonst leicht die Kreise der Spekulation ermutigt werden könnten, die ganze Aufwertungsfrage zu einem Geschäftsspekulationsobjekt zu machen. Wir glauben jedoch zu wissen, daß die neuerlich beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung viel weitgehendere sind als das Programm, das Reichsfinanzminister Dr. Luther in seinem Programm vor dem Aufwertungsaußenrat des Reichstages angekündigt hat.

Der Beamtenabbau ist bereits weit über das erträgliche Maß hinausgegangen und lastet außerordentlich schwer auf der Bevölkerung, die sich in ihrer Existenz schwer bedrückt fühlt. Schon seit Monaten hatte man erwartet, daß endlich einmal ein Schritt gemacht werde mit diesen Sparmaßnahmen, die letzten Endes nur geeignet waren, eine Vertiefung hervorzurufen. Gewiß waren schwerwiegende Gründe maßgebend, um den Beamtenabbau in Angriff zu nehmen, aber es kann keineswegs verhehelt werden, daß die Grenzen des zulässigen Maßes bereits überschritten sind und endlich vollständige Klarheit geschaffen wird. Immerhin dürfte die Ankündigung des Reichskabinetts, daß der Beamtenabbau nunmehr sein Ende erreicht wird, geeignet sein, die Unruhe über die Beamtenfrage, die innerhalb der Bevölkerung nun schon seit Jahren herrscht. Und die in Aussicht gestellte Annäherung der Beamtengehälter an die Minimalgehälter der Vorkriegszeit wird allgemein begrüßt, obwohl angesichts der wachsenden Steuerlast noch sehr viele Wünsche auf eine erträgliche Besoldung innerhalb der Beamtengehälter offenbleiben werden. Selbst das Sachverständigen-Gutachten, das doch gewiß nicht allzu viele Rücksichten auf die Lebenslage des deutschen Volkes nimmt, enthält die ausdrückliche Bestimmung, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter ein menschenwürdiges Maß herabgedrückt werden darf. Aus diesem Grunde wird die Reichsregierung in Zukunft auch ihr Augenmerk darauf richten müssen, daß die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, zumal die Beamtengehälter vielfach von der Privatwirtschaft als Maßstab für die Besoldung der Angestellten und der Arbeiter gelten.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts können in ihrer Bedeutung gar nicht unterschätzt werden. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Fortführung des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues, von dem das Schicksal des ganzen Volkes in den nächsten Jahren abhängen wird. Nachdem es bereits gelungen ist, den Reichshaushalt für das kommende Rechnungsjahr zu balancieren, muß die Regierung auch die Sorge dafür tragen, daß die großen sozialen Ausgaben nicht vernachlässigt werden, die bei der Notlage breiterer Schichten des Volkes immer dringlicher werden. Hat die Regierung den ernsthaften Willen, ihr Programm mit Hilfe eines arbeitsfähigen Reichstages reiflos zur Durchführung zu bringen, so wird sie auch das Vertrauen der weitesten Volksschichten zurückgewinnen, das in den schweren Zeiten der Inflation und der Zwangswirtschaftsmaßnahmen verloren gegangen ist.

Die österreichische Regierung zurückgetreten.

Eisenbahnstreik über ganz Oesterreich.

* Wien. In später Abendstunde wurden die Verhandlungen mit den Eisenbahnern abgebrochen, die sofort den Streik proklamierten. Der Generaldirektor der Bundesbahnen, Dr. Guenther, hat seinen Rücktritt eingereicht. Auch die Regierung hat ihren Rücktrittsbefehl in die Tat umgesetzt.

Wien. (Funknachricht.) Der Rücktritt der Regierung Seipel infolge des Scheiterns der Lohnverhandlungen der Eisenbahner und der Erklärung des Streiks um 12 Uhr über ganz Oesterreich begonnenen Eisenbahnstreiks ist der Öffentlichkeit vollständig überraschend gekommen. Dies zeigt sich auch in der Stellungnahme der Regierung, die nicht nur alle die Frage aufwerfen, was nun geschehen werde, nachdem der Rücktritt der Regierung nicht durch parlamentarischen Beschluß herbeigeführt, auch nicht aus parlamentarischen Gründen erfolgt sei. Einige Blätter, so die „Neue freie Presse“ und der „Tag“, geben der Meinung Ausdruck, daß die Regierung Seipel gerade in diesem kritischen Augenblick unter keinen Umständen hätte zurücktreten dürfen. Die „Reichspost“ betont dagegen, daß der Rücktritt der Regierung Seipel einen in aller Ruhe und Festigkeit gefaßten Beschluß darstelle, der die vor dem ganzen Volk von Seipel abgegebene Erklärung erhärte, daß die Männer, die den Wiederabschluss Oesterreichs mit so großem Erfolg durchgeführt haben, nicht zurückweichen, die in ihrer letzten Konsequenz das ganze Sanierungswerk in Gefahr bringen. Die Blätter betonen jedoch, daß die Störung der Verhandlungen zunächst von einem nationalen Standpunkt aus zu betrachten sei und daß zum Schluß Dr. Seipel mit seinem Rücktritt recht getan habe, um einmal Klarheit zu schaffen. Die Arbeiterzeitung behauptet, daß die finanziellen Differenzen, um welche der Streik schließlich ginge, nicht mehr als 1/2 Millionen Kronen ausgemacht hätte. Die Demission Seibels habe daher mit der Befähigung des Sanierungswerkes nichts zu tun, sondern sei ein Mandat, um mit der Unterstützung der auf diese Weise gegen die Eisenbahner aufgehobenen Öffentlichkeit einen Entscheidungskampf gegen die Eisenbahnergewerkschaften zu beginnen. Es handle sich um eine Machtprobe der Regierung, gegen die es den entschlossenen und zähen Kampf um die sichere Zukunft der Eisenbahnerorganisationen gälte. In der Deutsch-Oesterreichischen Tageszeitung, die in den letzten Tagen den radikalsten Standpunkt der deutschen Eisenbahnergewerkschaft besonders betont, wird hervorgehoben, daß ein Eisenbahnstreik in Oesterreich zum ersten Male unter völliger Führung stattfände. Durch diese entscheidende Wendung habe sich die Regierung veranlaßt gesehen, zurückzutreten. Seipel habe vielleicht schon lange einen Grund gesucht, seinen Rücktritt zu nehmen. Einige Blätter sprechen in ihren Erörterungen über die weitere Entwicklung der Dinge von der Möglichkeit, der Bildung eines Beamtenkabinetts, dessen Leitung der gegenwärtige Vizepräsident und frühere Bundeskanzler Schöber eventuell übernehmen werde.

Reichsfinanzministerium und Beamtenvertreter.

Berlin. (Funknachricht.) W.D. meldet: Die Beamtenvertreterorganisationen veröffentlichten in der Presse eine Darstellung über eine angeblich zurückliegende Behandlung ihrer Vertreter bei deren Vorgesprächen im Reichsfinanzministerium am 24. Oktober. Sie ist in wesentlichen Punkten unzutreffend. Die Vertreter waren ohne vorherige Anmeldung erschienen, wobei in Betracht kommende Beamten waren durch dringende Sitzungen in Anspruch genommen. Trotzdem unterbrach der eine der Herren die Sitzung, um dem Organisationsvertreter sein Bedauern auszusprechen, daß die Besprechung mit ihnen zur Zeit nicht stattfinden könne. Mehrere nachträgliche Versuche einer telephonischen Feststellung eines neuen Termins blieben an diesem Tage erfolglos. Die gewünschten Besprechungen haben dann kurze Zeit darauf stattgefunden, ohne daß hierbei von den Vertretern der Organisationen auch nur die geringste Änderung über angeblich unhöfliche Behandlung gemacht wurde und demnach hat weder seitens des Reichsfinanzministeriums die Absicht einer kränklichen Behandlung vorgelegen, noch wird ein Unbehagen aus den Sorgen eigenen tariflichen Anfalls für eine derartige Absicht entnehmen können. Es ist bezaubernd, daß durch derartige Entstellungen eine unbegründete Beunruhigung in die Beamtenerschaft hineingetragen wird.

Wien. (Funknachricht.) Der Eisenbahnstreik ist im Laufe der Morgenstunden mit dem Eintreffen der letzten Personenzüge zu voller Auswirkung gekommen. Es verkehren nur noch Lebensmittel- und Arbeiterzüge, letztere auf den Lokalbahnen. Der Streik erstreckt sich nur auf das Personal der Bundesbahnen, nicht der Privatbahnen in Oesterreich. Bezüglich neuer Verhandlungen nimmt die Generaldirektion der Bundesbahnen eine abwartende Haltung ein. Dagegen finden gegenwärtig mit Vertretern der Gewerkschaften Besprechungen über Eichherstellung der

Einschränkung des deutsch-österreichischen Personenverkehrs.

München. (Funknachricht.) Die der Korrespondenz Hoffmann von der Reichsbahndirektion München mitgeteilt wird, verkehren infolge des Eisenbahnstreiks in Oesterreich die deutschen Personen- und Schnellzüge nur bis und ab den Grenzstationen Ruffein, Salzburg, Simbach, Mittelwald und Griesen. Die direkten Wagen, die nach Oesterreich entfallen, sowie die Orientexpresszüge 62/63 verkehren zunächst ab Sonntag den 9. November nur zwischen Paris (Calais) und Salzburg.

Sitzung des Ueberwachungsaußenrat.

Berlin. (Funknachricht.) Der Außenrat des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Ueberwachungsaußenrat) ist zu Mittwoch, den 12. November, nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung berufen worden. Der Außenrat wird auf Antrag von kommunistischen Mitgliedern die Frage behandeln, ob die Mitglieder des Ueberwachungsaußenrat und des Auswärtigen Ausschusses, die nach der Verfassung auch nach Ablauf einer Wahlperiode oder nach einer Auflösung des Reichstages bestehen bleiben, die Immunität weiter genießen.

Beisprechung der Parteivornehmer.

Wien. (Funknachricht.) Heute vormittag fand beim Präsidenten des Nationalrates eine Beisprechung der Parteivornehmer statt, zu der die Vertreter der Sozialdemokraten, der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen teilnahmen. Der Präsident machte von der Demission der Regierung Mitteilung und gab der Ansicht Ausdruck, daß zur Geltendmachung der dem Parlament verfassungsmäßig aufrehabenden Rechte und Wahlen die baldige Einberufung des Nationalrates notwendig ersehe. Nach einer kurzen Beisprechung wurde das Parlament für Dienstag nachmittags 3 Uhr einberufen mit der Tagesordnung: Mitteilung des Präsidenten betreffend Demission der Regierung. Die Einberufung der außerhalb Wiens befindlichen Abgeordneten ist telegraphisch erfolgt.

Die Ursache des Streiks.

Wien. (Funknachricht.) In einer Mitteilung der Bundesbahnen über den Abbruch der Verhandlungen mit der Eisenbahnergewerkschaft wird hervorgehoben, daß die Eisenbahner entgegen der Annahme, daß sie sich mit der einmaligen Auszahlung in dem von der Eisenbahnerverwaltung gebotenen Ausmaß befreien würden, eine Gehaltserhöhung für das Jahr 1925 verlangten. Dies hätte eine Mehrbelastung von 180 Millionen bewirkt, wofür die Bahnverwaltung die Verantwortung nicht übernehmen konnte.

Lebensmitteltransporte für Wien und andere Städte statt. Diese Verhandlungen sollen sich recht schwierig gestalten. Am Dienstag nachmittags um 3 Uhr findet eine Sitzung des Nationalrates statt, in der der Präsident dem Hause Mitteilung von dem Rücktritt der Regierung machen wird. In diesem Zweck sind Züge sichergestellt worden, um die Abgeordneten aus der Provinz nach Wien zu bringen. Im allgemeinen nimmt man an, daß der Eisenbahnstreik längere Zeit dauern wird. Wien. (Funknachricht.) Nach den von der Eisenbahnergewerkschaft ausgehenden Besorgungen wurden alle in Fahrt begriffenen Züge bis zu ihrem Endziel geführt. Lebensmittel und leicht verderbliche Sendungen werden befördert. Elektrische Kraftanlagen und Wasserwerke bleiben in Betrieb.

Der Deutsche Bauernbund.

Berlin. (Funknachricht.) Der erweiterte Ausschuss des Deutschen Bauernbundes bildete in seiner letzten Sitzung in eingehender Aussprache den Rücktritt der Mehrzahl der Präsidialmitglieder aus der Demokratischen Partei. Einmütig wurde als selbstverständlich bezeichnet, daß entsprechend der unpolitischen Stellungnahme des Bauernbundes als Ganzes einem so hervorragenden Führer des Bundes wie Herrn Wachhoff de Wende, der bei der Demokratischen Partei verbleibt, seine Schwierigkeiten gemacht werden sollen für eine weitere Betätigung in derselben.

Oberamtmann Fried wieder im Amt.

München. Dem „Bölk. Kur.“ zufolge hat der Disziplinarhof für nichtrichtliche Beamte am Donnerstag den Oberamtmann Dr. Fried, gegen den die Disziplinar-Kammer wegen seiner Beurteilung im Hitler-Prozess auf Dienstentlassung erkannt hatte, freigesprochen und damit das Urteil des Volksgerichts gegen Dr. Fried als Fehlurteil bezeichnet. Dr. Fried sei also wieder in sein Amt eingesetzt.

Radeberger Pilsner, das bevorzugte echte deutsche Pilsner. übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwade, Riesa, Fernruf 44